

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten in Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik u.ä. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklamszeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezüge unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.- M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen dazu suvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 122

Dienstag, den 15. Oktober 1929

31. Jahrg.

Die Eintragungslisten zum Volksbegehren „Freiheitsgeheh“

liegen vom 16 bis 29. Oktober an Werktagen während der Dienststunden, an Sonntagen von 11—12 Uhr in der Stadtschreiberei aus. Stimmberechtigte können sich eintragen.

Kemberg, den 14. Oktober 1929.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Der Botschafter der Schweiz hat die Stadtschreiberei erneut schwer betrogen. Inzwischen liefert der Oberbürgermeister aus Amerika, daß er keine Reizepositionen nicht ändern werde.

Aus ehemals kaiserlich-russischen Besitz wollte die Sowjetregierung in einer Zehntel der Welt lagende Gebiete abgeben, die aber am Tage vorher im Interesse der Weißgardisten bereits ausgehakt worden waren.

Für die wiederholten Vorfälle von polnischer Luftspionage über deutschem Hoheitsgebiet ist in Berlin bis jetzt noch keine offizielle Erklärung aus Warschau eingetroffen. Die französische Regierung hat gebeten, den Anfang der Saarverhandlungen erst am 28. Oktober zu legen.

Polens Luftspionage.

Immer noch keine Sicherung.

→ Berlin, 13. Oktober.

Entgegen der in einem Blatt der deutschen Grenzmarke erschienenen Meldung, Polen habe sich wegen der letzten Grenzverletzungen durch polnische Militärflieger in Berlin entschuldigt und versprochen, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, wird vom zuständigen Stelle mitgeteilt, daß eine formgerechte Entschuldigung Polens in Berlin nicht erfolgt ist.

Das Auswärtige Amt ist bei jedem einzelnen Falle der Grenzverletzung in Warschau vorzeitig gemeldet. An Abwesendheit, Alexits hat sein Vertreter im Auswärtigen Amt zwar kein Bedauern über die Vorkommnisse ausgesprochen und eine Einwirkung auf das Reichsministerium versprochen, das gleichzeitig die Befragung der Schuldigen angeordnet habe; aber von einem Erfolg dieser Bemühungen ist in Berlin ebensowenig zu erwarten, wie von einer amtlichen Entschuldigung der polnischen Regierung. Bei den zuständigen Behörden in Berlin ist man der festestehenden Überzeugung, daß die Polen an Hand von Fliegeraufnahmen eine umfangreiche Karte der deutschen Grenzgebiete anfertigen. Das, was Polen in der ganzen Angelegenheit bisher getan hat, wird in Berlin als völlig ungenügend bezeichnet.

Trotz Dementis Hilferdings ...

Zündholzmonopolverhandlungen des Reichs.

→ Berlin, 12. Oktober.

Während die Reichsregierung bisher bestritten hatte, daß sie Verhandlungen mit einer ausländischen Gruppe über eine große Darlehensgewährung an das Reich und die gleichzeitige Einführung eines Zündholzmonopols in Deutschland als Einzelextra für diese Kreditgewährung führe, wird nunmehr von zuständigen Stelle mitgeteilt, daß in dieser Richtung ernstliche Besprechungen stattfänden. Die Angelegenheit ist allerdings noch nicht so weit vorgeschritten, wie es nach den bisherigen Veröffentlichungen den Anschein hatte. Die Verhandlungen gingen jedoch schnell vorwärts und man dürfe annehmen, daß der endgültige Abschluß schon in kurzer Zeit erfolgen werde.

Die Grundzüge des Vertrages mit dem schwedischen Zündholztrust lagen bereits fest. Das Deutsche Reich sollte ein langfristiges Darlehen im Betrage von etwa 125 Millionen Dollar erhalten, das zur Verminderung der schwedischen Schuld des Reichs dienen soll. Nach dem letzten Monatsausweis des Reichsfinanzministeriums beläuft sich die schwedische Schuld bekanntlich auf über 1,1 Milliarden Rm. Die Bedingungen des Vertrages würden auf der einen Seite in der bisherigen Verteilung der deutschen Zündholzherzeugung keine Veränderungen einleiten lassen und somit die Interessen des Schwedentrusts berücksichtigen. Andererseits würden sie aber auch für das Reich annehmbar sein. Bekanntlich ist im bisherigen Zündholzgeheh, das im Jahre 1927 erlassen wurde, die Erzeugung so geregelt worden, daß 65 v. S. auf schwedischen Werke in Deutschland und 35 v. S. auf die deutschen Fabriken entfallen. Durch die Einführung eines Zündholzmonopols soll nunmehr jede Konkurrenz von außen her ausgeschlossen werden. Der Vorteil, der sich für den Zündholztrust daraus ergibt, stelle das Hauptanliegen für die Anleihe an das Reich dar, deren Zinsbedingungen im einzelnen noch nicht festliegen, jedoch verständnisgemäß günstig sein würden.

Es läßt sich keinesfalls betreiten, daß bei der mäßigen Finanzlage des Reiches das Angebot einer Anleihe in Höhe von 125 Millionen Dollar eine ganz außerordentliche Hilfe für Herrn Hilferding bedeutet. Es ist aber auch bestimmt sehr fraglich, ob diese Notanleihe es rechtfertigt, einen Trumpf wie ein Zündholzmonopol ihn noch sicherlich

darstellt, aus der Hand zu geben. Wenn auch zugegeben werden muß, daß ein Reichsmonopol für Zündhölzer, den der bekannt ungenügenden Bewirtschaftung durch die öffentliche Hand nicht vielmehr erbringen wird, als die zur Zeit aus den Zündhölzern gezogenen circa 13 Millionen Steuern, so muß doch gelagt werden, daß die Abgabe an einen ausländischen Konzern die Zündhölzer ganz erheblich verteuern werden. Vestigia terrent! Die Spuren schreien! Man weiß wie zum Beispiel in Ungarn, nachdem Herr Kreuzer das Monopol erlangt hatte, die Preise in die Höhe schickten. Auf jeden Fall stellt die Erhöhung eine sehr erhebliche Belastung für die ganze Bevölkerung dar, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage doppelt schwer auswirken wird. Da der Verbrauch in Deutschland an Zündhölzern etwa 200 000 Millionen im Jahr beträgt und der schwedische Konzern nach der Alleinveräußerung sein wird, so kann man ungefähr errufen, welches riesige Geschäft dieser machen wird, man kann sich auch denken, wie leicht es ihm fällt, eine Anleihe zu geben, die ihm außerdem noch sehr anständig verzinst wird. Man muß zurecht hoffen, daß in dieser Frage, trotzdem so die Verhandlungen ziemlich weit gediehen zu sein scheinen, noch nicht das letzte Wort gesprochen ist und daß das Reich nicht so leicht Rechte verliert wie zweifelhafte Staaten am Balkan es Herrn Kreuzer gegenüber getan haben.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit an der Saar!

Der „Excellior“ über die französischen Saarpäne.

→ Paris, 12. Oktober.

Der interministerielle Ausschuss, der mit der Aufstellung eines Programms für die bevorstehenden deutsch-französischen Saarverhandlungen betraut ist, trat am Freitag vormittag am Quai d'Orsay zu einer Sitzung zusammen. Obwohl über seine Schlußfolgerungen noch keine genauen Angaben vorliegen, so muß mehrere Vertreter von Industrie und Handelsgesellschaften gehört werden sollen, glaubt der „Excellior“ berichten zu können, daß die Schlußfolgerungen der Entscheidung eine ständige deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Saargebiet günstig seien.

Deutschland dürfe die uneingeschränkte Wiederherstellung seiner Hoheitsrechte zugestanden werden, andererseits solle Frankreich alle Rechte der Saarbevölkerung wahren und sich nicht ohne wertvolle Gegenleistungen von den Borgern trennen (!). Das neue Saargebiet müsse eine gültigen und unantastbaren Charakter haben und gewisse internationale Garantien in sich tragen.

Russisches Kapital für die Weißgardisten

Ein der Sowjetregierung entgangener Millionenbetrag.

→ Moskau, 13. Oktober.

Die Sowjetregierung hat den sowjetrussischen Botschafter in Tokio, Trojanowski, ermächtigt, sofort bei der japanischen Regierung Schritte wegen 1 400 000 Yen zu unternehmen, die sich in der japanischen Bank befinden und noch der kaiserlich-russischen Regierung gehören. Die japanische Regierung hat der Bitte der Sowjetmacht entsprochen und der Bank vorgeschrieben, der Sowjetregierung den Betrag auszugeben.

Der Vertreter der Sowjetmacht begab sich nach der Sibirien-Bank, um den Betrag abzurufen. Zu seiner Verwunderung wurde ihm mitgeteilt, daß der ganze Betrag dem ehemaligen kaiserlich-russischen Militärattaché in Tokio, Oberst Pobjagin, am Tage vorher ausgehakt worden sei. Wie dazu weiter gemeldet hat, hat Pobjagin diesen Betrag dem russischen Kolonialführer, Aman Semjonoff, zur Finanzierung der weißgardistischen Bewegung gegen die Sowjetunion ausgeschickt. Die Sowjetregierung wird in Tokio weitere Schritte unternehmen und verlangen, daß Japan der Sowjetregierung den Scheck erliche.

Frankreichs Verschleppungstaktik.

Verschleppung der deutsch-französischen Saarverhandlungen.

→ Berlin, 13. Oktober.

Auf Wunsch der französischen Regierung sind die deutsch-französischen Saarverhandlungen auf den 28. Oktober vertagt worden. Die Verhandlungen werden, wie von deutscher Seite angegeben wird, wohl sehr schwierig doch nicht hoffnungslos sein, weil deutsche und französische Interessen vielfach parallel laufen. Aus diesem Grunde hat man auch Berlin's in gehabt für den französischen Vorschlag, die Verhandlungen zu verschleppen, angelehnt der Tatsache, daß die französischen Unternehmungen ihre Vorbereitungen noch nicht fertigstellen konnten.

Falls sich herausstellen sollte, daß die französischen Forderungen, bei den kommenden Verhandlungen überspannt sind, wird man in Deutschland in aller Ruhe den Abstimmezeitpunkt im Jahre 1935 erwarten. In der deutschen Öffentlichkeit besteht kein Zweifel darüber, falls es zur Abkündigung kommen sollte, eine übermächtige Mehrheit der Saarbevölkerung sich für die Rückkehr zum Deutschen Reich entscheiden wird.

Frankreich braucht U-Boote.

Es wird nie auf diese Waffe verzichtet.

→ Paris, 12. Oktober.

Es war vorzuziehen, daß von den Völkern, die auf Grund der ersten Versöhnung England und Amerika in der fünfjährigsten Konferenz vertreten wollen, namentlich der Vorkrieg auf Abschaffung der Unterseeboote Widerstand finden werde, und es war auch vorzuziehen, daß dieser Widerstand in erster Linie von französischer Seite kommen müßte. Eine sojournante offizielle französische Meinung zu diesem Thema hat daher auch nicht lange auf sich warten lassen.

Der Berichterstatter für das Marinebudget in der Kammer hat einen amerikanischen Korrespondenten die Haltung Frankreichs für die Seebestellungsforderung erläutert. Er hat dabei die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Wärmung zu Wasser, zu Lande und in der Luft betont, also schon einen der besonderen Hindernisse für eine beschleunigte Seebestellung ins Treffen geführt, und er hat sich dann besonders der Frage der maritimen Rüstungsbeschleunigung zugewandt. Hier sieht nach seinen Darlegungen Frankreich die entscheidende Schwierigkeit in dem Verlangen nach Preisgabe der Unterseeboote. Diese Waffe braucht Frankreich, und es werde sich hinsichtlich ihres Ausbaus auf keine Beschränkung einlassen. Sie sei für die Verteidigung der französischen Küsten unentbehrlich und müsse anheerhalb jeder Diskussion bleiben.

Nun ist ja der englisch-amerikanische Wunsch, auf die U-Bootwaffe zu verzichten, immerhin nur in die Form eines Vorschlages gefolgt, immerhin aber haben sich die beiden Regierungen dafür zu stark eingesetzt und die öffentliche Meinung der beiden Länder ist so lebhaft daran interessiert, daß durch die französische Haltung bereits im voraus die Konferenz mit einem harten Streitpunkt belastet ist. Man darf aber auch schon jetzt überzeugt sein, daß Frankreich und mit ihm Italien und Japan niemals auf die U-Bootwaffe verzichten werden.

Das Werden der Weltbank.

Organisationsauschuß an der Arbeit.

→ Baden-Baden, 13. Oktober.

Der Organisationsauschuß der Bank für internationale Zahlungen hat die erste Lesung der Satzungen beendet, wie sie auf Grund der Vorschläge von englischer, französischer und belgischer Seite vorliegen. Die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit wurde ausgeschrieben und einem besonderen juristischen Ausschuss überwiesen. Dann wurden die Rechte des Generaldirektors und des Prääsidenten des Verwaltungsrates besprochen. Zu der Frage des beratenden Sonderausschusses, der für den Fall einzuberufen ist, daß Deutschland Transferschluß verlangt, war man sich darüber einig, daß Sonderauschuß nicht allein aus Mitgliedern des Verwaltungsrates bestehen dürfen, sondern daß auch andere Persönlichkeiten hinzuzuziehen seien. Zur Gremienverteilung wurden Vorschläge gemacht, die sich eng an die Richtlinien halten. Schließend wurde

die Frage der Publikation der Bank erörtert. Es herrsche Einmütigkeit darüber, daß auf weitestgehende Publikation der Bank Wert zu legen sei. Man tam überein, daß die Bank mindestens einmal im Monat einen Ausweis veröffentlichen solle. Dem Verwaltungsrat wird es überlassen, die Zeitstufen der Ausweisveröffentlichungen zu legen, etwa auf eine Woche. Von der Aufstellung eines Schemas für die Ausweise sieht der Organisationsauschuß ab, da sich dieses der Geschäftsausweitung der Bank anpaßen muß. Noch einmal wurde eine allgemeine Ausdrucks über die zurückgestellten Fragen abgehandelt werden. Dann dürfte sich der Ausschuss in Einzelansätze auflösen; erst wenn in diesen ein Kapitel der Satzungen durchberaten ist, wird dieses einer Vollversammlung unterbreitet werden. Der Ausschuss sieht seine Aufgabe in der

Ansorbereitung eines allgemeinen Organisationsplanes, in der Aufstellung der Satzungen und schließlich in der Vorbereitung eines Bundesgesetzes für dasjenige Land, in dem die Bank ihren Sitz haben wird. Daß diese Vorbereitung erst möglich ist, wenn ein Einverständnis über den Sitz erzielt ist, liegt auf der Hand.

→ Paris, 12. Oktober.

Der amerikanische Beobachter bei der Reparationskommission, der zur Unterstützung der amerikanischen Forderung nach Baden-Baden berufen wurde, ist bereits eingetroffen.

Nach dem Fall Rabuls.

Recht Unanulph zurück?

→ London, 12. Oktober.

In Peshawar ist eine unter dem Einfluß Nadir Khans stehende Zeitung eingetroffen, die die Meldung enthält, daß Wali Khan, der Bruder Nadir Khans, die Hauptarbeit betreiben habe. Sabitullah ist mit 30 Begleitern geflohen. Wie weiter bekannt wird, ist Sabitullah nach der abge-



nisch-russischen Grenze gestrichelt. Mehrere Offiziere seiner näheren Umgebung, die nicht mehr fliehen konnten, sind in Kabul verhaftet worden. Der Vertreter Amanullahs in Peshawar hat an Amanullah, der sich bekanntlich in Rom aufhält und an den in Berlin lebenden früheren afghanischen Botschafter in Ankara Glückwünschtelegramme geschickt. Der Erfolg Nadir Khans wird von den in Peshawar lebenden Afghanen allgemein geleitet. Die Frage der Rückkehr Amanullahs nach Afghanistan steht gegenwärtig im Vordergrund.

In einigen Kreisen ist man der Auffassung, daß in Kabul eine harte Stimmung für die Wiederherstellung seiner Macht besteht. Von einer kleineren Gruppe wird dagegen die Errichtung einer afghanischen Republik befürwortet. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß Nadir Khan selbst jede Macht bestritt, König zu werden. Man glaubt vielmehr, daß er sich auf der bevorstehenden Verammlung der Stammesfürsten, die in Kürze in Kabul zusammenzutreten soll, in Amanullah einlegen werde. Der Hauptzweck dieser Verammlung ist die Herstellung und Sicherung des inneren Friedens auf einer von Nadir Khan vorgelegenen Grundlage.

Nadir Khan beruft die Nationalversammlung ein.

Wie aus Teheran gemeldet wird, sind dort neue Nachrichten über die politische Lage in Afghanistan eingetroffen. Nadir Khan hat offiziell die Einberufung der Nationalversammlung auf den 12. November d. J. in Kabul befohlen. Sämtliche Vertreter der Stämme werden sich nach Kabul begeben, um dort an den Arbeiten der Nationalversammlung teilzunehmen.

Rußland bekräftigt das Londoner Protokoll.

Moskau, 12. Oktober. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion befaßt sich in seiner letzten Sitzung mit dem in London von Drogalewitsch und Sanderow unterzeichneten Protokoll über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und London. Der Vertreter des Außenministeriums berichtete dem Rat der Volkskommissare über den Verlauf der Verhandlungen. Der Rat der Volkskommissare bekräftigte hierauf das unterzeichnete Protokoll. Für die Inkraftsetzung des Protokolls und den Austausch der Botschafter ist nunmehr noch die Ratifizierung des Protokolls durch das englische Parlament notwendig.

Polarfahrt „Graf Zeppelins“ in Frage gestellt. Die Mannschaft will nicht zum Pol.

Friedrichshafen, 12. Oktober. Nunmehr wird auch vom Luftschiffbau Zeppelin bekräftigt, daß tatsächlich der größere Teil der Besatzung des „Graf Zeppelin“ nicht geneigt ist, die für das kommende Frühjahr geplante Polarfahrt mitzumachen.

Die Gründe, wonach für diese Einstellung der Besatzung finanzielle und technische Gründe maßgebend gewesen seien, sind in dieser Form irreführend. Es wird dabei der Eindruck erweckt, als ob die Besatzung einestells verneine, durch eine vorläufige Ablehnung günstiger Bedingungen für die Teilnahme an der Fahrt zu erwidern, andererseits aber die technischen Schwierigkeiten der Fahrt fürstlich Bedacht ist. Es wird darauf hingewiesen, daß der Besatzung die Leistungsfähigkeit und Sicherheit des Schiffes durch die bisherigen großen Fahrten, vor allem aber durch die Weltfahrt, genau bekannt sei. Andererseits dürfte natürlich nicht verkannt werden, daß bei einer

Fahrt über die Polargebiete, wo Wetterbedingungen fehlen und nur mangelhafte Landepflätze und ungeschulte Haliemannschaften dem Luftschiff zur Verfügung stünden, immerhin damit gerechnet werden müßte, daß das Luftschiff bei einer Landung oder während des Festhaltens auf dem Boden beschädigt und mangels genügenden Erläuterungsmaterials und technischer Werkstoffe nicht an Ort und Stelle ausbegebert werden könnte. Auch könnten während der Fahrt Ausbefferungen nicht so leicht durchgeführt werden, weil bekanntlich

nur eine Doppelfesselung der Wachen an Bord sein würde. Wenn also das Luftschiff verloren ginge, wäre die gesamte Besatzung totlos, was den Besatzung nur über dieses einzige Luftschiff verfüge. Es bedeuete demnach diese Unternehmung für die Besatzung tatsächlich eine gewisse Existenzgefährdung. Sowohl der Besatzung als auch dem

Luftschiffbau Zeppelin ist in erster Linie daran gelegen, das geplante Weltreiseprogramm mit diesem Luftschiff ganz durchzuführen. Die Polarfahrt fällt in diesem Programm ohnedies schon etwas aus dem Rahmen.

Ueber die Bedingungen, unter denen die Mannschaft die Polarfahrt mitmachen soll, ist mit der Aero-Strick überhaupt noch nicht verhandelt worden, so daß keine Rede davon sein kann, daß die Besatzung etwa mit den Bedingungen nicht zufrieden wäre.

Durch die ablehnende Haltung der Besatzung ist also tatsächlich die Polarfahrt zunächst in Frage gestellt. Auch Kapitän Lehmann hatte seine Zustimmung zur Mitwirkung bei der Polarfahrt als Führer des Luftschiffes nur unter der Bedingung gegeben, daß er über eine genügende Besatzung verfüge. Ob es gelingen wird, so viele Leute von der Besatzung zu gewinnen, wie für die Polarfahrt nötig sind, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Der Luftschiffbau Zeppelin wird natürlich aus naheliegenden Gründen keinerlei Druck ausüben.

Die projizierte Baltfahrt.

Wenn es möglich sein sollte, die Baltfahrt doch noch anzutreten, womit mit großer Wahrscheinlichkeit gerechnet werden kann, wird das Luftschiff schon am Montag abend oder bei ungünstiger Witterung einen bis zwei Tage später eine Baltfahrt antreten. Am 20. Oktober wird dann der Reichsdienst erfolgen. Zur Durchführung der Schiffsfahrt wird der Luftschiffbau eine Besetzung der Wetterlage abwarten, um für alle Fälle gutes Wetter zu haben. Gelegentlich soll auch noch eine Fahrt in die Schweiz mit einer Landung auf dem Züricher Flughafen Dübendorf unternommen werden. Sehr unwahrscheinlich ist es dagegen, daß man dem Wunsch der Stadt Berlin, doch noch in diesem Herbst in Staaten zu landen, Folge leisten kann.

Zeppelin-Besatzung und Polarfahrt.

Friedrichshafen, 12. Oktober. Vom Luftschiffbau Zeppelin wird erklärt, daß die Besatzung, wonach die Besatzung des „Graf Zeppelin“ sich geweigert habe, an der Polarfahrt im nächsten Frühjahr teilzunehmen, nicht zutrifft. Bekanntlich ist die Teilnahme an der Polarfahrt, die nicht vom Luftschiffbau, sondern von der Aero-Strick durchgeführt wird, für die Besatzung freiwillig. Der Luftschiffbau stellt deshalb zur Zeit in einer Umfrage fest, wer von der Mannschaft sich an der Polarfahrt freiwillig beteiligt. Diese Umfrage ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Ungarn baut seine Staatsbetriebe ab.

Budapest, 13. Oktober. Nach zuverlässiger Meldung wird die Regierung in der nächsten Zukunft sämtliche Staatsbetriebe, die der Privatwirtschaft Konkurrenz bereiten, abbauen oder ganz einstellen. Unter diesen Betrieben sind die Staatsbühnen, ferner eine Schiffsfabrik und verschiedene kleinere Regiebetriebe. — Dieses Beispiel kann auch der deutschen Reichsregierung nur angelegentlich zur Nachahmung empfohlen werden.

Einzelhandel und Einzelhandel.

Berlin, 12. Oktober. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat an die zuständigen Reichs- und preussischen Ministerien sowie an den Deutschen Städtebund folgendes Schreiben gerichtet: Die Vorgänge bei der Berliner Kleiderverwertungs-Gesellschaft haben in den Kreisen der in der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels vereinigten Einzelhändler starke Erregung und Empörung ausgelöst. Der Einzelhandel hat zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß die zentrale Beschaffung bzw. Monopolisierung des Einkaufs aus öffentlichen Mitteln, an deren Ausbringung der Einzelhandel in erheblichem Maße betrogen hat, für die dadurch ausgefallenen Einzelhandelsbetriebe harte wirtschaftliche Schädigungen zur Folge hat, ohne daß die Gewähr dafür gegeben ist, daß diese schwere Benachteiligung durch entsprechende Vorteile aufgehoben wird. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß der gegenseitige Konkurrenz unterliegende freie und selbständige Einzelhandel grundlegend in der Lage sein wird, zu günstigeren Preisen und Bedingungen zu liefern als eine dem Wettbewerb von vornherein entzogene Stelle. Die bedauerlichen Vorgänge der letzten Tage haben darüber hinaus eindeutig bewiesen, daß nur die Zulassung des freien Wettbewerbs jene ausreichende öffentliche Kontrolle er-

möglichst, die Hintergehungen von vornherein ausschließt, und die sich für das andere herausheben müßten, das Grundelement der kommunalen Selbstverwaltung bildet. Der Einzelhandel fordert daher mit allem Nachdruck die Beilegung aller künftigen Anschaffungsleistungen und die sofortige Rückgabe aller bestehenden Monopolisierungserträge mit privaten Unternehmungen.

Neues Telegramm von Böß.

Es bleibt bei seiner ersten Entscheidung. Berlin, 13. Oktober.

Das Antworttelegramm von Oberbürgermeister Böß auf die Mitteilungen des Bürgermeisters Scholz ist aus Los Angeles eingetroffen. Oberbürgermeister Böß telegraphiert:

„Amerikanermission tritt gemäß vorgelegtem Heileplan Klärung ein. Vorgezogene Klärung nicht beabsichtigt, da sachlich schädlich, technisch schwierig und wegen Vorbereitung in Städten. Neues Interview falsch. Böß hat stets betont, Vorgezogene Klärung seien sehr wichtig, würden von ihm verfolgt, weitere Vertiefung fordern.“ Das Interview, auf das sich Oberbürgermeister Böß hier bezieht, war das von mehreren Blättern veröffentlichte und vom Associated Press, das in folgender Form in Berlin angekommen war: „Oberbürgermeister Böß erklärte ausdrücklich, es sei ihm ganz gleich, was in Berlin sich abspiele. Er selbst sei in keinem Stande zurückzutreten und er habe die Absicht, den ursprünglichen Heileplan durchzuführen.“

In dem Kabel, das Bürgermeister Scholz zuletzt nach Los Angeles geschickt hat und das den augenblicklichen Stand der Angelegenheit sehr eingehend darlegte, war auch der Wortlaut dieses Interviews mitgeteilt.“

Die Führung der Unternehmung.

Es erscheint erforderlich, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Unternehmung gegen die Gebirger Klärung und alle etwa noch in Betracht kommenden Personen, Beamte usw. im gegenwärtigen Zeitpunkt ganz ausschließlich von der Staatsanwaltschaft geführt wird. Von der Stadt aus werden auf den Wunsch der Staatsanwaltschaft vorläufig keinerlei Unternehmungen geführt.

Das auf Antrag der Stadt durch den Oberpräsidenten angeleitete förmliche Disziplinarverfahren erbringt sich ausschließlich auf die beiden Stadtbauinspektoren Schmitt und Hoffmann und den Abteilungsdirektor Schroeder.

Weitere Befragungen.

Der Bauhaup. der Klärung, Lehmann, hat seinem Vertreter weitere Mitteilungen gemacht, die von den Unternehmungsrührer einer Nachprüfung unterzogen werden. Danach sollen die drei Leiter der Stadtbau seit Jahren von dem Gebirger Klärung ihre Anträge, Mängel usw. erhalten, die Klärung aber weder Rechnungen geleistet noch eine Bezahlung für die gelieferten Waren erhalten haben. Er als Bauhaup. habe jedenfalls nie

einen Zahlungseingang

der Stadtbau feststellen können. Falls sich diese unrichtigen Dinge herausstellen sollten, so würde es notwendig, gegen Schmitt, Hoffmann und Schroeder das Verfahren wegen Forderung einzuleiten.

Veruntreuung eines Stadtspektors.

Selbstmordversuch des Angeklagten. Der Stadtspektors Will beim Bezirksamt Tiergarten, welcher 300 Pflichten über Gebührende zu führen hatte, hat Veruntreuungen begangen, indem er sich Gelder aus den Renten und Pensionsbezüge seiner Pflichten angeeignet hat, die er an die Bezirkskasse zur Deckung der durch die Anfallspflichten entstandenen Kosten hätte zahlen müssen.

Zu diesem Zweck hat er Quittungen der Bezirkskasse selbst angefertigt und die Unterschriften gefälscht, sowie auf den Kassenbüchern, deren Führung ihm oblag, falsche Eintragungen gemacht.

Der Bezirksbürgermeister des Bezirks Tiergarten hat sofort das Straf- und Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Antrag auf Eröffnung des Disziplinarverfahrens und Suspensionierung vom Amt dürfte beim Oberpräsidenten demnächst eingegangen sein. Er hat nach Aufhebung der Unternehmung in seiner Wohnung einen Selbstmordversuch unternommen und liegt schwer verletzt im Moabiters Krankenhaus.



Unser Sonnenchein

Roman von Erich Ebenstein

41. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wie?“
„Doktor Holber schiedert mit befehliger Breite den ganzen Vorfall samt den Begleitumständen und den sich daraus ergebenden Folgen.“
„Sehen Sie, und so ist die ganze Sache eigentlich für die alten Deutschen, die sich seit zwanzig Jahren in wahrhaft fruchtbarer Weise in ihren Schmerz verließen, daß ein Glücksfall geworden.“
„Schon hätte ich Ihnen freiwillich nie eine fremde Person ins Haus genommen, noch ihre Lebensweise irgendwie geändert. Außer dem alten Balthasar Kunze, der Köchin Brigitte und dem Stubenmädchen, die alle schon im Hause dienten, als der Sohn noch lebte, durfte niemand um sie sein. Licht, Luft und Farben waren verpönt, die ganze Villa glüht einem Grab, und die einzigen Ausgänge der alten Leute galten der Grabkapelle am Friedhof.“
„Ich mußte nicht, daß Ehrhardts so schwer an dem Verlust des Sohnes tragen,“ murmelte Frau Sephine besonnen. „Ich dachte doch, daß sie sich mit der Zeit in das Unabänderliche finden lernten.“
„Sie kennen Ehrhardts?“
„Ich verkehrte als junges Mädchen viel dort, da meine verstorbenen Eltern Jugendliebe von Ehrhardts waren. Als ich mit achtzehn Jahren aus dem Hause verbannt nach Hause zurückkehrte und Mama sehr danach fragte, nahm sich Frau Ehrhardt meiner sehr mütterlich an, und ich verlebte viel glückliche Zeit dort — denn damals war die Villa Ehrhardt noch ein Sammelplatz feinerer Gesellschaft.“
„Und warum haben Sie den Verkehr dort denn nachher ganz auf, liebe Freundin? Ihre fröhliche Natur hätte vielleicht verhindert, daß sich diese beiden Menschen zu Sonderlingen ausmüßten!“
Frau Sephine lachte ins Weite.

„Ich war dort — zweimal — gleich nachdem das — Unglück geschah, aber man nahm mich nicht an.“

„Im — ich hab' ja noch so lange, nötiger Abgeschiedenheit nur möglich — so nach an eine wildfremde Person angeschlossen!“
„Ja, es scheint freundschaftlich selbst bei der Unbegreiflichkeit erklärt sich aber, wenn man die Umstände näher in Betracht zieht. Herr Ehrhardt hat sich in den Jahren der Einamkeit viel mit Theosophie befaßt, die bekanntlich annimmt, daß die Seele des Menschen, ursprünglich von Gott ausgehend, nach einer Stufenleiter unendlicher Sanktionen endlos sein und vollkommen wieder an ihren Ausgangspunkt zurückkehrt.“

„Sie meinen, daß die Seele eines Verstorbenen also wiedergeboren, in anderer Menschengestalt, zur Erde zurückkehrt?“
„So nimmt die Theosophie an, und Herr Ehrhardt sowie seine Frau sind von diesem Glauben durchdrungen.“
„Aber was hat das mit der jungen Person zu tun, die —“

„Sehr viel! Ich vermag nämlich bisher, einen Umstand zu erwähnen, der recht merkwürdig ist und in diesem Falle ausfallend wirkte: Diese junge Person hat nämlich zufällig in Farbe, Schnitt und Ausdrud dieselben Augen wie der verstorbenen junge Ehrhardt. Die Lehnlichkeit ist geradezu überausend und hat auch mich logisch verblüfft, denn ich erinnere mich des armen Robert noch sehr deutlich und ich glaube, jedem, der ihn kannte, mußten seine außer-

gewöhnlich sonnen, ausdruckslosen Augen in unergreiflicher Erinnerung bleiben. Ihnen nicht auch?“

„Ja — natürlich — aber sprechen Sie weiter, Herr Doktor. Dieses Mädchen also ähnelt dem Verstorbenen?“

„Das heißt, ihre Augen ähneln ihm so sehr, daß die Eltern sofort heftig erschütterter wurden. Als dann nach Herrn Ehrhardts Sturz sein Geist vorübergehend geflohen war, glaubte er in dem Mädchen tatsächlich den Sohn zu erblicken, sprach er als Robert an und geriet in die größte Erregung, wenn sie sich von seinem Bett entfernte. Später, als mit zunehmender Kraft auch der Geist wieder in eine natürliche Bahnen zurückkehrte, legte sich die Überzeugung in ihm fest, daß die Seele seines Sohnes in diesem Mädchen wiedergeboren worden sei, und mag nun diese Einbildung anderen auch lächerlich erscheinen — ich sage: Ich hab' mich ein Mal, der uns Menschen glücklich macht, zu ihm gefügt — und das ist hier die Hauptfrage — erhalt und fröhlich sich Herr Ehrhardt aufsehend dabei und empfindend nach so langen, trübseligen Trauerjahren nun noch ein Restchen Glück, indem er in Gloria seines Sohnes Seele wiedergeboren glaubt.“

„Gloria? Sagen Sie wirklich — Gloria?“
„Gloria, die des alten Krates Worten in atemloser Spannung gelauscht, bejahte ernst.“

„Ja, so heißt nämlich das Mädchen. In sie ist die Tochter eines künftlich verstorbenen Gärtners und lebt bei einer alten Frau, die einst ebenfalls eine Gärtnerei besaß und Kathi Schönmeyer heißt. Von dieser Frau erfuhr ich auch, daß Gloria in ihrer Umgebung schon seit sehr nur „Unser Sonnenchein“ genannt wurde — ein Beweis, wie richtig der Volksmund das Besondere an einem Menschen erfasst! Denn dieses Mädchen hat nicht nur sonnenige Augen, sondern trägt tatsächlich wie Sonnenchein.“

„Wirklich? Sie sagen nichts mehr über sie ist sehr lieb.“
„Was ist Ihnen, liebe Freundin? Sie sind erregt!“
„Warum? In meine Erzählung schuld daran?“

„Nein, nein —“
„Itammet sie mit Antreibung,“
„es war nur der Name — Gloria — Unser Sonnenchein —“
(Fortsetzung folgt.)

Pfarrer Reichardt †.

Die Kunde von dem Tode seines früheren langjährigen Pfarrers und Seelsorgers Herrn Pastor Rudolf Reichardt durchlebte am gestrigen Sonntag den Ort Rotta, sowie auch die anderen Orte, die mit Rotta zu einem Kirchspiel verbunden sind und löste Besorgnis und Traurigkeit aus. Wenn auch Herr Reichardt mit dem Mai vorigen Jahres Rotta, die Stätte seiner langjährigen Wirksamkeit, verlassen hat, um in Wittenberg seinen Lebensabend zu verbringen, so durfte man ihn doch immer wieder dort sehen, wenn er im Gottesdienst und bei Anlässen in Verbindung mit dem Orte diente. Jetzt ist durch den Tod das äußere Band gelöst, aber innerlich werden die Glieder seiner Gemeinden mit ihm verbunden bleiben, verband doch mit ihm in Liebe und Verehrung in reichem Maße die Glieder seiner Kirchengemeinde.

Über 30 Jahre hat Pfarrer Reichardt den Gemeinden des Kirchspiels Rotta treue Dienste geleistet, vom November 1897 bis Mai 1928, nachdem er vorher 11 Jahre hindurch als Pfarrer von Hagerungen in der Nähe seiner Heimatstadt Nordhausen tätig gewesen war, und durfte sich während dieser langen Zeit der Liebe und Verehrung in steigendem Maße erfreuen, die deshalb auch an Leid und Freud seines Lebens teilnahmen. Zwei Mal hat Pfarrer Reichardt seine Gattin durch den Tod verloren, bis ihm an der Seite der gegenwärtigen ein längeres schönes Glück erblühte, das noch erhöht wurde durch die glückliche Ehe seiner Tochter und die Freude an dem kleinen Entlohnungsgeld.

Für die treuen Dienste, die er ihnen geleistet hat, werden die Gemeinden des Kirchspiels Rotta ihm ein dankbares Andenken bewahren, insbesondere aber die kirchlichen Vereine, denen er an der Seite seiner Gattin gedient hat, dem Vaterländischen Frauenverein und dem Jungmädchenverein.

Aber nicht nur den Gliedern seiner eigenen Gemeinden ist er während der 30 Jahre seiner Wirksamkeit näher geblieben, sondern als geschätzter Mitarbeiter an der Remberger Zeitung auch den Gliedern der Nachbargemeinden und als langjähriger bedähter Herausgeber des Synodalblattes „Aus der Heimat“ den Gliedern des ganzen Kirchenkreises. Als Synodalvertreter für die Heidenmission und für die Presse hat er viele Jahre hindurch seine Zeit und Kraft in den Dienst der Synode gestellt.

Sein Gesundheitszustand veranlaßte ihn, im Mai vorigen Jahres in den Ruhestand zu treten, aber nicht lange hat er die Zeit der Ruhe genießen dürfen. Sein Herzleiden verschlimmerte sich in den letzten Wochen derart, daß es zu erster Vorwarnung Anlaß gab und nun seinen Tod herbeiführte.

Sein Leben ist abgeschlossen, sein Wirken aber wird in seinen Gemeinden sowie im ganzen Kirchenkreis Remberg unvergessen bleiben!

Pfarrer H. M. S.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 14. Oktober 1929

*** Farbentünfler in Natur.** Der Wald des Herbstes sieht bunt aus. Noch sind die meisten Blätter an den Bäumen. Doch nicht mehr glänzen sie im fasten Grün. Langsam beginnt die Natur sie zu färben. Ein Meer von Farben leuchtet auf. Die Herbstfärbung überlagert sich. Rotbraun die Blätter der Kastanie, blutrot die des milden Ahorns, gelblich-braun die der Eiche; grauweiß die der Eiche; in allen Farben-Nuancen in allen Schattierungen die der übrigen Bäume. Eine Farbenfülle abwechselnd. Bergabwärts, verschöndert liegt die Sonne auf ihnen. Der Herbstwind umspielt sie. Es ist, als ob vor dem Sterben noch einmal die Natur zeigen wollte, wie prächtig sie ist. Der Mensch kann nur bewundern das Bild, das sich ihm immer wieder bietet. Im Herbst mondert es sich am schönsten. Da ist es weder zu heiß noch zu kalt; die Landströme und Wege sind sauber. Doch man darf nicht im Tempo seiner Zeit durch Wälder und Felder rasen. Man muß Weite haben, die Schönheit des Herbstes auf sich wirken zu lassen. Das gelbe Stoppelfeld neben dem stechwarz gefärbten Ackerfeld. Die aufstehende grüne Saat neben den matten Wäldern der Rübenfelder. Der buntgefärbte Wald in seiner Stille und Majestät, mit seinen verschwiegenen, heimlichen und doch so schönen Sterben. Mit einem alles verschönernden Lächeln will die Natur Abschied nehmen.

*** Der Provinzialauschuss der Provinz Sachsen** trat am 9. Oktober in Merseburg zusammen. Durch Erlass des Ministeriums wird der am 17. November neu zu wählende Landtag der Provinz Sachsen auf den 14. Januar 1930 nach Merseburg zusammenberufen, um die Wahlen zum Staatsrat, die Neubildung des Provinzialauschusses und der sonstigen Aufschüsse usw. vorzunehmen. Die Gaushaltsberatungen werden voraussichtlich erst Ende Februar oder Anfang März stattfinden.

*** Konzert.** Am vergangenen Freitag veranstaltete die uniformierte Wittenberger Schützenkapelle, die aus Mitgliedern des ehemaligen Infanterieregiments Nr. 20 besteht, unter der kräftigen und sicheren Leitung ihres ausgezeichneten Kapellmeisters Johann im Hotel „Blauer Post“ einen Konzertabend, der leider nicht gut besucht war. Es

kommt ja in unserer Stadt so selten vor, daß einmal ein wirklich gutes Konzert gegeben wird. Es ist daher sehr bewunderlich, daß Remberg einer derartigen Veranstaltung so wenig Interesse entgegenbringt. Jedenfalls hätte dieses Konzert ein außerordentliches Danks verdienen — um es gleich vorweg zu nehmen. Dieser Abend war ein voller Erfolg für die Wittenberger. Die Vortragsprogramme war so geschickt zusammengestellt, daß für jeden Geschmack etwas Passendes dabei war. Die schönste gespielt wurde. Die Stücke sofort erkennen, daß man hier ehemalige Militärmusiker vor sich hatte. Im weiteren Verlauf des Programms traten uns bekannte Klänge aus Opern (Ovo, u. Das Nachtlager in Granada), Fantasie aus „Mignon“, Ouo zu „Orpheus in der Unterwelt“ entgegen, die alle ausgezeichnet zur Wiederholung gelangten. Strauß'sche Walzerstücke (Dorfschmalben aus Oesterreich) schmeichelten sich bei uns ein. Besonders Lob verdienen die Cello- und Trompeten-Soli in den einzelnen Programmnummern. Die technische Vollendung des Orchesters kam vor allem in Friedemann's „Clavierische Kapriolen“, die starke Neugierigkeit mit der unterirdischen „Ungarischen Kapriole Nr. 2“ von Fr. List aufweist, prächtig zur Geltung. Es wurde geradezu herrlich gespielt. Nachdem das glänzend herausgebrachte Finale verraucht war, legte so klarer und anhaltender Beifall ein, daß sich das Orchester zu einer Zugabe veranlaßt sah. Als Schlussnummer hörte man den „Fehrbelliner Marsch“ für Fanfaren und Kesselpauken. Der Schneider, der darin steht, reist immer wieder mit. Der starke, ehrliche Beifall zwang wiederum zu einigen Zugaben. — Die Wittenberger haben sich mit diesem Konzert ausgezeichnet hier eingeführt, und wir rufen dem Orchester und seinem tüchtigen Dirigenten ein herzlich „Auf Wiederhören“ zu!

*** Turnsport.** Bei dem am Sonntag in Radis stattgehabten Herbstwäldchen errangen folgende Turner des hiesigen M. T. V. nachstehende Siege:

- 1. Sieger Gerhard Schneider in 26,41 Min. Mittelstufe (7600 m)
 - 2. Sieger Paul Gerber in 8,50 Min.
 - 3. Otto Reppmann in 8,51 Min.
 - 4. Walter Namislo in 8,51,5 Min.
- Ferner errang die Mannschaft H. Gerber, O. Reppmann, W. Namislo u. M. Eitlich im Mannschaftslauf der Mittelstufe den 1. Sieg.

Raben. Bei Kulturarbeiten im Jagd 90 des Forstreviers Rabenstein ist ein Findlingsblock gewaltiger Größe freigelegt worden, der bis jetzt nur mit der Spitze aus der Erde sah. Sein Gehalt ist unter Einwirkung einiger schon früher durch höhere Gewalt gelöster Teile auf 15 bis 20 Raummeter Gestein zu schätzen. Er besteht nicht aus Granit, sondern aus Onkel. Zur Veranlassung der Fortverwaltung ist der Block ausgegraben worden. Er soll als Naturdenkmal erhalten bleiben.

Bad Dürrenberg, 10. Okt. 1000 Wohnungen für Leiharbeiter. Die Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft des Kreises Merseburg ist gegenwärtig mit der Durchführung eines großartigen Bauprogramms beschäftigt. Es handelt sich um 1000 Wohnungen für Arbeiter und Angehörige des Leiharbeiteres. Die Hälfte die Ende Juni in Angriff genommen wurde, soll bereits zu Jahreschluss fertiggestellt sein.

Magdeburg, 10. Okt. Der preussische Justizminister hat auf zwei kleine Anfragen der Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten im Landtag betr. Entschädigung des derzeitigen in Magdeburg wegen Mordverdachts verhafteten Kaufmanns Rudolf Haas wegen unschuldig erlittener Unterdrückungshaft geantwortet. Er erklärte, daß Haas 546288 Mark verlangt habe. Auf Grund eingehender Ermittlungen über die Höhe des entstandenen Schadens habe man ihm 70000 Mark bewilligt.

Halle, Hart am Tod vorbeie. Infolge der Nachlässigkeit eines Schrankenwärters hätte sich beinahe ein schweres Unglück ereignet. Wie allabendlich fuhr der Automobilbus Halle-Gutenberg seinen Weg, der auf der Halberstädter Landstraße parallel der Bahnhofsstraße fährt und dann die Eisenbahnstraße kreuzt. Der nachlässige Omnibus fuhr durch die offene Schranke über die Schienen, als der D-Zug 1946 heranbraute. Der Bruchteil einer Sekunde bedeutete hier dem Omnibus die Rettung. Haarigart hinter dem Kraftwagen fuhr der Zug durch. Die Unternehmung ergab, daß der Schrankenwärter vergessen hatte, die Schranke zu schließen. Die Unternehmung gegen ihn ist noch nicht abgeschlossen. Die erlegten Der nachlässige Omnibus waren nicht mehr zu bewegen, den Wagen wieder zu besetzen. Sie legten ihren Weg zu Fuß fort.

Jessen (Elster). Schwarze Elster und Lappe gesundheitsgefährlich? Wie verlautet, beabsichtigen die höheren Verwaltungsstellen eine Polizeiverordnung zu erlassen, auf Grund deren das Baden u. a. in der Schwarzen Elster und Upp verboten werden soll, weil das Wasser heider Flüsse gesundheitsgefährlich sei. Die zuständigen Landräte sind aufgefordert worden, entsprechende Gutachten abzugeben. Bisher ist allerdings noch kein Fall bekannt geworden, daß sich das Wasser der Schwarzen Elster in gesundheitsgefährlicher Weise auf Badende ausgewirkt hat. Eine Polizeiverordnung, die das Baden in dem Flusse verbietet, würde also vor allem im Gebiet der Schwarzen Elster nicht verstanden werden. Der Plan der Stadt Jessen am Elsterufer eine Freibad anzulegen, wird nun wohl aber über zurückgestellt werden müssen, bis entschieden ist, ob die Verordnung erlassen wird oder nicht.

Halberstadt. Durch Espresso zum Selbstmord getrieben? Die Verwalterin der Postfiliale Wittenberg (Kreis Halberstadt), eine etwa 50jährige Lehrerin namens Kleine, hat sich auf dem Boden ihres Hauses erhängt. Die Ursache des Selbstmordes ist in Unterblutungen zu suchen, welche Frau Kleine zum Schaden der Post vorgenommen hat. Frau Kleine war als Stellvertreterin ihres Vaters tätig, der 40 Jahre lang die Postfiliale verwaltete. Sie besitzt Vermögen, so daß der Post keine Schaden entsteht. Da sie kinderlos ist und ein beschriebenes Leben führte, nimmt man an, daß sie Espresso in die Hände gefallen ist, die sie zu den Vereintreibungen veranlaßten.

Schaplau, Gemeindevwahl. — Gesetzerzeugung. Die Vertreter von Kleinhandel, Industrie, Gewerbe und Haus- und Kleinbesitz traten im Ratsreferat zu einer Versammlung zusammen, in deren Verlauf für die kommenden Gemeindevahlen eine Einheitsliste aufgestellt wurde. — In aller Kürze wird mit dem Beginn der Hauptleistung für die Gasfernverlegung begonnen werden. Das Material ist schon im Anrollen. Das Gas wird zum Preise von 22 bis 25 Pfg. pro Kubikmeter abgegeben.

Weihenfele. Zwei Mädchen von einem Banditen misshandelt. Auf dem Heimwege von einer Theaterveranstaltung wurden zwischen Wittenberg und Marktsdorf zwei junge Mädchen von einem Mann überfallen. Er riß das eine Mädchen vom Rabe und misshandelte es derart, bis es bewusstlos wurde. Als das andere Mädchen mit Hilfe an die Ueberfallstelle zurücklief, war der Unhold verschwunden.

Düben. Drei Arbeiter vom Gerüst gestürzt. Auf einer Baustelle für die Handlanger Saloff aus Jessel in den Keller und riß den Maurer Meit aus Schwemmal mit sich. Während Saloff mit dem Schreien davonkam, wurde Meit schwer verletzt und mußte nach Halle in ein Krankenhaus gebracht werden.

Das Urteil im Oppener Theaterprozess.

Strafen von 4-8 Monaten und Verwarnungen.

Oppeln, 13. Oktober.

In dem großen Oppener Theaterprozess wurde nach langwieriger Verhandlung und nach dreimalständiger Urteilsbegündung in Anwesenheit des Oberlandesgerichtspräsidenten Witte, Breslau, folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten Koller, Malenka, Jentner, Romak, Polstada, Haupt und Berner werden des Landfriedensbruchs für schuldig erklärt. Es werden verurteilt: Malenka zu 8 Monaten, Jentner und Romak zu je sechs Monaten, Polstada und Haupt zu je 4 Monaten und Koller zu 3 Monaten Gefängnis, Berner zu einer Geldstrafe von 150 Mark an Stelle einer verurteilten Strafe von einer Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Von den Freigesprochenen erhalten: Radut und Junke, zwei Jugendbellen, eine Verwarnung. Die Rollen des Verfahrens tragen die verurteilten Angeklagten bzw. für die freigesprochenen Angeklagten, die Staatskasse.

Windhose über Staaten.

Großer Sachschaden.

Während eines starken Gewitters über dem Berliner äußersten Westen wurde die Gartenstadt Staaten von einer Windhose heimgesucht, die großen Schaden anrichtete und die Bewohner der Siedlung schwer gefährdete. In den Säulenhallen im kurzen Weg, aus dem die Straße zwischen Staaten und Berlin verläuft, in der Siedlung Siedlung und in Neustaaten wurden die meisten Häuser umgeworfen oder fortgerissen. Auch viele Häuser der Siedlung in Neustaaten sind durch die Gewalt der Windhose abgedeckt worden. Obwohl innerhalb weniger Sekunden ein Regen von Dachteln, Ästen und Mauerstücken niederbrach, sind zum Glück Menschen nicht zu Schaden gekommen, da die Trümmer meist auf freies Gelände niederfielen.

Wirtschaftlicher Vochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtparisse zu Remberg.

In der Berichtswocde sind wesentliche Veränderungen in der Gesamtwirtschaftslage nicht bekannt geworden. Die Arbeitslosigkeit ist fast unbeeinträchtigt geblieben. Die Großhandelsindustrie zeigt keine Veränderung erfahren. Der Reichsanwartschein für die 1. Oktoberbewegung zeigt die erwartete Entspannung, wodurch sich das Zahlungsbilanz um 2,2 % bzw. 2,9 % verbessert. Die Sparanlagen im ganzen Deutschen Reich sind im August um 149 Mill. auf 466 Mill. gewachsen. Gegenüber dem Vormonat ist der Einlagenzuwachs gestiegen.

Der Anfang Oktober zu übersiehende Ertrag der Kartell-Gente erscheint vor allem in West- und Süddeutschland besser ausgefallen als sein als erwartet worden ist. Die Geschäftslage war infolge der schwierigen Beendigung noch im Rückgang. Eine Besserung der Situation der Kreditwirtschaft ist nach den ausgiebigen Regenfällen der letzten Woche zu erwarten, die noch von Einfluß auf die Bilanzwerte und namentlich auf die Winterbilanz sein werden.

Die Börse war in der Berichtswocde ausgesprochen flau, ohne daß zunächst besondere Motive hierfür erkennbar wurden. Gegen Ende der Berichtswocde mittle der überaus große Zusammenstoß der Oesterreichischen Boden-Creditanstalt mit der Oesterreichischen Kreditanstalt sich unglücklich aus. Weshalb für diesen Zusammenstoß war die angespannte Lage bei der Oesterreichischen Boden-Creditanstalt. Die Boden-Creditanstalt erkaufte alle Märkte und Käufer, schied. Die von Großbanken unternommenen Interventionen käufe konnten die Kurse nicht vor ganz erheblichem Wertentbehren.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche

Dienstag abends 8 Uhr im Bürgersaal

Bibelstunde

Redigier Wilhelm-Wittenberg.

Hierzu wird herzlich eingeladen.

Frühes Rindfleisch
frische Flecke
empfiehlt **Willy Räh**
Reisbund
und trockenes
Brennholz
verkauft
Otto Schütze, Gartenstraße 5
Telefon 345

Frische Leber
frische Flecke
empfiehlt **Ewald Bollmann**
Rechtsrat
Prozesssachen (Amts- u. Landgericht)
Kaufverträge, Testamente,
Steuerachen (Vermögenssteuer)
K. Lehmann, Gerichtsvollzieherbar a. D.
und öffentl. angez. Versteigerer
Weinbergstraße 8

**Schnecken-
Raupenleim**
der beste, sowie
Unterlagenpapier
bei **Rudolf Suhn**
Spielkarten
empfiehlt **Richard Arnold**

Fische
hat abzugeben
Neumühle bei Remberg
Einige Zentner
**Dauer- und Ruchen-
Aepfel**
verkauft
Wilhelm Rettel, Weinbergstr. 1

Gewerbe-Verein
Am **Mittwoch, den 16. Okt.**,
abends 7/9 Uhr bei L. Carl (Wohnhof)
Berksammling
Um zahlreichen Erscheinen bittet
Der Vorstand
Prima Speisekartoffeln
Löpferstr. 18.

Sich für warm fühlen imbrünnel-jetzt wäscht sie einwaschen!

Die wundervolle Arbeitserleichterung die im Na die Fett- und Speisereste vom Geschirr fortspült, die alles mit herrlichem Glanz umgibt, darf in Ihrem Haushalt nicht fehlen! IMI ist zugleich ein ideales Reinigungsmittel für alle stark beschmutzten Gegenstände aus Glas, Porzellan, Metall, Stein, Fliesen, Marmor, Holz usw. IMI ist so ergiebig, daß Sie nur 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer zu nehmen brauchen.

Sie haben Freude am Reinigen durch

IMI Henkel's Spül- und Reinigungs-Mittel für Haus- und Küchengerät
Herzgestalt in den Dersil-Werken

Betr. Ziegenboothaltung zu Kemberg

Die Ziegenböde stationieren bei Herrn **Hermann Schiete**, Mauerstraße. Die Tiere sind in diesem Jahre in gutem Futterzustande, daher in einwandfreier Beschaffenheit. Zum Decken genügen die Zeit außerhalb der Futterpausen nach Anordnung des Vorhalters nach den Richtlinien des unterzeichneten Vereins. Deckheine sind im Voraus bei Herrn Reinhold Stratow, Mauerstraße, gegen 2,50 M. für Nichtmitglieder und 0,50 M. für Mitglieder zu lösen. Ohne Deckheine nicht zulässig.

J. U. Der Vorstand der Saanenzücht-Genossenschaft zu Kemberg

Es hat Gott gefallen, am 11. d. M. den ehemaligen Pfarrer in Rotta

Herrn Pfarrer i. R. Rudolf Reichhardt

in Wittenberg, heimzurufen. Mehr als 30 Jahre lang hat er mit seinen reichen Gaben und treuem Herzen dem Kirchenkreise Kemberg gedient. Als langjähriger Leiter unseres Synodalblattes „Aus der Heimat“, in den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit auch als Mitglied des Kreisynodalvorstandes ist er vielen Wegweiser und Führer gewesen. Wir gedenken seiner dankbaren Herzens.

„Wer da säet im Segen, der wird auch ernten im Segen“.

Kemberg, den 14. Oktober 1929

Der Kreissynodalvorstand
Bertram, Superintendent.

Nachruf.

Am Abend des Sonnabend ging nach schwerem Leiden heim unser früherer langjähriger Pfarrer

Herr Pastor Rudolf Reichhardt, Wittenberg

Ueber 30 Jahre ist er den Gemeinden unseres Kirchspiels ein treuer und geschätzter Seelsorger gewesen und mit den Gliedern derselben, deren Liebe und Verehrung er in reichem Maße erworben hat, eng verbunden worden. Für die treuen Dienste, die er unseren Gemeinden, insbesondere auch in Gemeinschaft mit seiner Gattin dem Vaterländischen Frauenverein und dem Jungmädchen-Verein erwiesen hat, sei ihm herzlichst gedankt. Wir werden ihm allezeit ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Rotta, den 14. Oktober 1929

Der Gemeindegemeinderat
I. V.: Aßmus, Pfarrer

FÜR FRISCHE QUALITÄT GARANTIERT BIS:

Ja! Goethe hat recht:

„Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen!“

Und hier steht's deutlich schwarz auf weiß, wie frisch Rama im Blauband ist. Ein Blick auf das Datum sagt alles. Durch dieses Garantiedatum unterwerfen sich die Hersteller einer

Fabrikationskontrolle durch die Hausfrau!

MARGARINE

Rama im Blauband

doppelt so gut
½ tb 50 Pfg
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Nur eine lebhaft begehrte, nur eine wirklich gute Ware, die täglich frisch auf den Markt kommt, läßt so weitgehende Garantien zu

Ja! Rama im Blauband darf man getrost nach Hause tragen!

Vitriol

Germifan und Trockenbeize

Abavit

empfehlen **Rudolf Juhn**

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Otto Richter und Frau
Ida geb. Mende.
Lichtenburg—Kemberg, im Oktober 1929.

Am Sonnabend abends 8 Uhr verschied nach schwerem Leiden im starken Glauben an seinen Heiland und Erlöser mein heißgeliebter Mann, mein herzenguter, treuer Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Pfarrer i. R. Reichhardt

im fast vollendeten 70. Lebensjahre.
Math 25, 21.

In tiefer Trauer

Martha Reichhardt geb. Oehme
Kaethe Gengelbach geb. Reichhardt
Pfarrer **Fritz Gengelbach**
Fritz Reichhardt
und sein einziges Enkelchen

Wittenberg, den 14. Oktober 1929
Kurfürstenstrasse 31

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Oktober, nachmittags 1/3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Lombmanns Sonntagblatt“ und „Mittwoch's Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Preistafel ober deren Raum 15 Pfa., die halbspaltige Preistafel 30 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Laufend, zusätzlich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 122

Dienstag, den 15. Oktober 1929

31. Jahrg.

Die Eintragslisten zum Volksbegehren „Freiheitsgesetz“

liegen vom 18 bis 29. Oktober an Werktagen während der Dienststunden, an Sonntagen von 11—12 Uhr in der Stadtbibliothek aus. Stimmberechtigte können sich eintragen.

Kemberg, den 14. Oktober 1929.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Der Buchhalter der Elsterkaser hat die Stadtbuchdirektoren erneut schwer belästigt, inzwischen fahelt der Buchhaltermeister an, die Stadtbuchdirektoren nicht ändern zu lassen.

colorchecker CLASSIC

darstellt, aus der Hand zu gehen wenn auch ausgegeben werden muß, der im Reichsmonopol für Zündhölzer bei der bekannt ungenügenden Bemittlung durch die öffentliche Hand nicht vielmehr erbringen wird, als die zur Zeit aus den Zündhölzern gezogenen circa 13 Millionen Steuern, so muß doch gelangt werden, daß die Abgabe an einen ausländischen Konzern die Zündhölzer ganz erheblich verteuern werden. Vestfien terront! Die Spuren fahret! Man weiß wie zum Beispiel in Ungarn, nachdem Herr Kreuzer das Monopol erlangt hatte, die Preise in die Höhe schenkte. Auf jeden Fall stellt die Erhöhung eine sehr erhebliche Belastung für die ganze Bevölkerung dar, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage doppelt schwer auswirken wird. Da der Verbrauch in Deutschland an Zündhölzern etwa 200 000 Kisten im Jahr beträgt und der schwedische Konzern nach der Akquisition kein wird, so kann man ungefähr ermaßen, welches riesige Geschäft dieser machen wird, man kann sich auch denken, wie leicht es ihm fällt, eine Anleihe zu geben, die ihm außerdem noch sehr anständig verzinst wird. Man muß zugeben, daß die Verhandlungen nicht weit geschwenkt sein können, noch nicht das letzte Wort gesprochen ist und daß das Reich nicht so leicht Rechte verliert wie zweitrangige Staaten am Balkan es Herrn Kreuzer gegenüber getan haben.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit an der Saar!

Der „Excelsior“ über die französischen Saarpläne.
Paris, 12. Oktober.
Der interministerielle Ausschuss, der mit der Aufstellung eines Programms für die bevorstehenden deutsch-französischen Saarverhandlungen betraut ist, trat am Freitag vormittag am Quai d'Orléans zu einer Sitzung zusammen. Obwohl über keine Schlüsselforderungen noch keine Angaben vorliegen, sind doch mehrere Vertreter von „Excelsior“ betonen, daß die Schlüsselforderungen der Eintrichtung einer ständigen deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Saargebiet günstig seien.

Deutschland dürfte die uneingeschränkte Wiederherstellung seiner Hoheitsrechte zugestanden werden, andererseits wolle Frankreich alle Rechte der Saarbevölkerung wahren und sich nicht ohne wertvolle Gegenleistungen von den Bergwerken trennen (1). Das neue Saargebiet müsse eine günstigen und unantastbaren Charakter haben und gewisse internationale Garantien in sich tragen.

Russisches Kapital für die Weißgardisten

Ein der Sowjetregierung entgangener Millionenbetrag.
Moskau, 13. Oktober.
Die Sowjetregierung hat den sowjetrussischen Botschafter in Tokio, Trojanowski, ernannt, sofort bei der japanischen Regierung Schritte wegen 1 400 000 Yen zu unternehmen, die sich in der japanischen Bank Tishelen befinden und noch der fälschlich russischen Regierung gehören. Die japanische Regierung hat der Bitte der Sowjetbotschaft entsprochen und der Bank vorgeschrieben, der Sowjetregierung den Betrag auszugeben.

Der Vertreter der Sowjetbotschaft begab sich nach der Tishelen-Bank, um den Betrag abzuholen. In seiner Verantwortung wurde ihm mitgeteilt, daß der ganze Betrag dem ehemaligen fälschlich-russischen Militärattaché in Tokio, Oberst Podklogin, am Tage vorher ausgehändigt worden ist. Wie dazu weiter gemeldet hat, hat Podklogin diesen Betrag dem russischen Konsul in Tokio, Ataman Semjonoff, zur Finanzierung der weißgardistischen Bewegung gegen die Sowjetunion ausgehändigt. Die Sowjetregierung wird in Tokio weitere Schritte unternehmen und verlangen, daß Japan der Sowjetregierung den Schaden erzeuge.

Frankreichs Verschleppungstaktik.

Verzögerung der deutsch-französischen Saarverhandlungen.
Paris, 13. Oktober.
Auf Wunsch der französischen Regierung sind die deutsch-französischen Saarverhandlungen auf den 28. Oktober verschoben worden.
Die Verhandlungen werden, wie von deutscher Seite ausgegeben wird, wohl sehr schwierig doch nicht hoffnungslos sein, weil deutsche und französische Interessen vielfach parallel laufen. Aus diesem Grunde hat man auch Versuche gemacht für den französischen Vorschlag, die Verhandlungen zu verzögern, ungeachtet der Tatsache, daß die französischen Unterhändler ihre Vorbereitungen noch nicht fertigstellen konnten.

Falls sich herausstellen sollte, daß die französischen Forderungen, bei den kommenden Verhandlungen überpaßt sind, wird man in Deutschland in aller Ruhe den nächsten Verhandlungstermin im Jahre 1935 erwarten. In der deutschen Öffentlichkeit besteht kein Zweifel darüber, falls es zur Fortsetzung kommen sollte, eine überwältigende Mehrheit der Saarbevölkerung sich für die Rückkehr zum Deutschen Reich entscheiden wird.

Frankreich braucht U-Boote.

Es wird nie auf diese Waffe verzichtet.
Paris, 12. Oktober.
Es war vorauszu sehen, daß von den Alliierten, die auf Grund der erzielten Verständigung England und Amerika in der Rüstungskonferenz vertreten wollen, namentlich der Vorschlag auf Abschaffung der U-Boote Widerstand finden werde, und es war auch vorauszu sehen, daß dieser Widerstand in erster Linie von französischer Seite kommen würde. Eine lebhafte offizielle französische Werbung zu diesem Thema hat daher auch nicht lange auf sich warten lassen.

Der Berichterstatter für das Marinebudget in der Kammer hat einem amerikanischen Korrespondenten die Haltung Frankreichs zu der Seerüstungsfrage erläutert. Er hat dabei die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Abrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft betont, also schon einen der besonderen Hinderungsgründe für eine beschleunigte Seerüstung im Treifen geführt, und er hat sich dann besonders der Frage der maritimen Rüstungsbeschränkung zugewandt. Hier liegt nach seinen Darlegungen Frankreich die entscheidende Schwierigkeit in dem Belangen nach Preisgabe der U-Bootsflotte. Diese Waffe braucht Frankreich, und es werde sich auch hinsichtlich ihres Ausbaues auf keine Beschränkung einlassen. Sie sei für die Verteidigung der französischen Küsten unentbehrlich und müsse außerhalb jeder Diskussion bleiben.

Zun ist ja der englisch-amerikanische Wunsch, auf die U-Bootsflotte zu verzichten, augenfällig nur in die Form eines Vorschlages geteilt, inmerhin aber haben sich die beiden Regierungen dafür so stark eingesetzt und die öffentliche Meinung der beiden Länder ist so lebhaft daran interessiert, daß durch die französische Haltung bereits im voraus die Konferenz mit einem harten Streitpunkt belastet ist. Man darf aber auch schon jetzt überzeugt sein, daß Frankreich und mit ihm Italien und Japan niemals auf die U-Bootsflotte verzichten werden.

Das Werden der Weltbank.

Organisationsauschuss auf der Arbeit.
Baden-Baden, 13. Oktober.
Der Organisationsauschuss der Welt für internationale Zahlungen hat die erste Sitzung der Sitzungen beendet, wie sie auf Grund der Vorschläge von englischer, französischer und belgischer Seite vorliegen. Die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit wurde ausgeglichen und einem besonderen juristischen Ausschuss überlassen. Dann wurden die Rechte des Generaldirektors und des Präsidenten des Verwaltungsrates besprochen. Zu der Frage des beratenden Sonderauschusses, der für den Fall einzuberufen ist, daß Deutschland Transfrankreich verlangt, war man sich darüber einig, daß dieser Sonderauschuss nicht allein aus Mitgliedern des Verwaltungsrates bestehen dürfen, sondern daß auch andere Persönlichkeiten hinzuzuziehen seien. Zur Geminnterstellung wurden Vorschläge gemacht, die sich eng an die Richtlinien halten. Schließlich wurde die Frage der Publizität der Bank erörtert. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß auf weitestgehende Publizität der Bank Wert zu legen sei. Man kam überein, daß die Bank mindestens einmal im Monat einen Ausweis veröffentlichen solle. Dem Verwaltungsrat wird es überlassen, die Zeitabstände der Ausweisveröffentlichungen zu fixieren, etwa auf eine Woche. Von der Aufstellung eines Schemas für die Ausweise sieht der Organisationsauschuss ab, da sich dieses der Geschäftsausweitung der Bank anpassen muß. Noch einmal wurde eine allgemeine Aussprache über die zurückgestellten Fragen abgehalten. Dann dürfte sich der Ausschuss in Einzelgesprächen auflösen; erst wenn in diesen ein Konsens der Sitzungen durchdrungen ist, wird dieses einer Vollziehung unterbreitet werden. Der Ausschuss sieht keine Aufgabe in der Ausarbeitung eines allgemeinen Organisationsplanes, in der Aufstellung der Satzungen und schließlich in der Vorbereitung eines Landesgesetzes für dasjenige Land, in dem die Bank ihren Sitz haben wird. Daß diese Vorbereitung erst möglich ist, wenn ein Einverständnis über den Sitz erzielt ist, liegt auf der Hand.

Don Frazer, der amerikanische Beobachter bei der Reparationskommission, der zur Interklärung der amerikanischen Abordnung nach Baden-Baden berufen wurde, ist bereits eingetroffen.

Nach dem Fall Karel.

Reht Amannach zurück?
London, 12. Oktober.
In Peshawar ist eine unter dem Einfluß Radir Khans stehende Zeitung eingetroffen, die die Meldung enthält, daß Wali Khan, der Bruder Radir Khans, die Hauptstadt betreten habe. Habibullah sei mit 80 Begleitern geflohen. Wie weiter bekannt wird, ist Habibullah nach der Abreise

Trotz Dementis Silberdings...

Zündholzmonopolverhandlungen des Reichs.
Berlin, 12. Oktober.

Während die Reichsregierung bisher bestritten hatte, daß sie Verhandlungen mit einer ausländischen Gruppe über eine große Darlehensgewährung an das Reich und die gleichzeitige Einführung eines Zündholzmonopols in Deutschland als Entgelt für diese Kreditgewährung führe, wird nunmehr von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß in dieser Richtung ernsthaft Besprechungen stattfänden. Die Angelegenheit sei allerdings noch nicht so weit vorgeschritten, wie es nach den bisherigen Veröffentlichungen den Anschein hatte. Die Verhandlungen gingen jedoch schnell vorwärts und man dürfe annehmen, daß der endgültige Abschluß schon in kurzer Zeit erfolgen werde.

Die Grundzüge des Vertrages mit dem schwedischen Zündholztrust liegen bereits fest. Das Deutsche Reich solle ein langfristiges Darlehen im Betrage von etwa 125 Millionen Dollar erhalten, das zur Verminderung der schwedischen Schuld des Reiches dienen soll. Nach dem letzten Monatsausweis des Reichsfinanzministeriums beläuft sich die schwedische Schuld bekanntlich auf über 1,1 Milliarden Rm. Die Bedingungen des Vertrages würden auf der einen Seite in der bisherigen Beteiligung der deutschen Zündholzherzeugung keine Veränderungen eintreten lassen und somit die Interessen des Schwedentrusts berücksichtigen. Andererseits würden sie aber auch für das Reich annehmbar sein. Bekanntlich ist im bisherigen Zündholzgesetz, das im Jahre 1927 erlassen wurde, die Erzeugung in Deutschland, daß 65 v. H. auf schwedischen Werken in Deutschland und 35 v. H. auf die deutschen Fabriken entfallen. Durch die Einführung des Zündholzmonopols soll nunmehr jede Konkurrenz von außen her ausgeschlossen werden. Der Vorteil, der sich für den Zündholztrust daraus ergibt, stelle das Hauptanliegen für die Anleihe an das Reich dar, deren Zinsbedingungen im einzelnen noch nicht feststehen, jedoch verhältnismäßig günstig sein werden.

Es läßt sich keinesfalls bestritten, daß bei der mit diesen Finanzplänen des Reiches das Angebot einer Anleihe in Höhe von 125 Millionen Dollar eine ganz außerordentliche Hilfe für Herrn Silberding bedeutet. Es ist aber auch bestimmt sehr fraglich, ob diese Notanleihe es rechtfertigt, einem Trust, wie ein Zündholzmonopol ihn doch sicherlich

